

An die  
Bezirksregierung

Betr.: Förderungsmaßnahmen in Aufgabenbereich des § 96 BVFG

hier: Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für

Bezug: Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen gemäß § 96  
Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) durch das Land Nordrhein-Westfalen  
Erlaß Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (ab 7.7.2005 Staatskanzlei  
des Landes Nordrhein-Westfalen) vom 1.10.1993 (SMBL. NRW. 2430)

I. ANTRAGSTELLER	
Name/Bezeichnung	
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Landkreis
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)
Bankverbindung:	IBAN
	BIC Bezeichnung des Kreditinstituts
2. MAßNAHME	
Bezeichnung/angesprochener Zuwendungsbereich	
Ort und Zeit der Maßnahme	
Zahl der Teilnehmer	

<b>3. GESAMTKOSTEN</b>
3.1 Reisekostenerstattungen für den Personenkreis nach
- Nr. 4.4.2 der Richtlinien .....
- Nr. 4.4.5 der Richtlinien .....
3.2 Fahrkosten
- der Teilnehmer nach Nr. 4.4.3 der Richtlinien .....
- für den Personenkreis nach Nr. 4.4.6 der Richtlinien .....
3.3 Honorare
- Nr. 4.4.4.1 der Richtlinien .....
- Nr. 4.4.4.2 der Richtlinien .....
- Nr. 4.4.4.3 der Richtlinien .....
- Nr. 4.4.5 der Richtlinien .....
- Nr. 4.4.6 der Richtlinien .....
3.4 Sachausgaben (nach gesondert beigefügter Aufstellung).....
3.5 Sonstige Ausgaben .....
Zwischensumme: .....
3.6 Hiervon bis zu 15 v. H. bzw. maximal 766,94 €(nach Nr. 4.4.7 der Richtlinien).....
insgesamt: .....
<b>4. FINANZIERUNGSPPLAN</b>
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3).....
4.2 Eigenanteil.....
4.3 Teilnehmerbeiträge, Eintrittsgelder, etc. .....
4.4 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung).....
4.5 Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.6) durch:
4.6 Beantragte Zuwendung des Landes NRW.....

## 5. BEGRÜNDUNG

5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen). Ggf. kann auf das Programm verwiesen werden.

5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

5.3 Bei grenzüberschreitenden Maßnahmen:

WW Darstellung, in welcher Weise Staatsangehörige oder Institutionen des Herkunftslandes in die Maßnahme eingebunden sind und wie dem Gedanken der Völkerverständigung Rechnung getragen wird.

## 6. ERKLÄRUNGEN

Der Antragsteller erklärt, dass

6.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

6.2 er zum Vorsteuerabzug<sup>1</sup>

berechtigt nicht berechtigt ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat.  
(Preise ohne Umsatzsteuer).

6.3 die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

---

(Ort/Datum)

---

(Unterschrift)

---

<sup>1</sup> zutreffendes ankreuzen